



Umsiedlung und Vertreibung in Europa 1939-1955. Zum 70. Jahrestag der Südtiroler „Option“ / Spostamenti forzati di popolazioni in Europa 1939-1955: A settant'anni dalle „opzioni“ in Alto Adige. Bozen: Arbeitsgruppe „Geschichte und Region / Storia e regione“, Bozen; Südtiroler Landesarchiv, Bozen; Davide Rodogno, Genf; Michael Wedekind, Universität Münster, 06.02.2009-07.02.2009.

Reviewed by Andrea Di Michele

Published on H-Soz-u-Kult (June, 2009)

Umsiedlung und Vertreibung in Europa 1939-1955. Zum 70. Jahrestag der Südtiroler „Option“ / Spostamenti forzati di popolazioni in Europa 1939-1955: A settant'anni dalle „opzioni“ in Alto Adige

Das Jahr 2009 gibt in Südtirol mehrfachen Anlass für historische Rückblicke. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit steht nahezu überbordend die Erinnerung an die mit Symbolik und Identitätsbezügen stark befrachtete antinapoleonische Erhebung Tirols unter Andreas Hofer vor zweihundert Jahren. Zugleich jährt sich 2009 aber auch die Unterzeichnung des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens von 1939. Es zwang die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung des Landes zu einer folgeschweren Staatsbürgerschaftsoption: Wer um die deutsche Staatsbürgerschaft ansuchte, entzog sich zwar einer weiteren sprachlich-kulturellen und politisch-ökonomischen Drangsalierung durch den italienischen Faschismus, musste aber in den Machtbereich des Deutschen Reiches umsiedeln; dagegen implizierte der Beibehalt der italienischen Staatsbürgerschaft zwar den Verbleib in der angestammten Heimat, zugleich aber auch die unwiderrufliche Unterwerfung unter die Italianisierungspolitik des Mussolini-Regimes. Die Erinnerung an das Optionsjahr 1939 hat in Südtirol bei weitem keine vergleichbare Dichte öffentlicher Veranstaltungen hervorgebracht wie die Kommemorierung von „Anno Neun“. Unter den wenigen Initiativen, die bisher Gelegenheit zurückschau auf die dramatischen Ereignisse vor siebzig Jahren boten, erscheint die in Rede stehende Bozner Tagung vor allem deswegen bemerkenswert, weil

sie den Blick aus dem begrenzten Lokalbezug heraus zu europäischer Perspektive weitete. Als gemeinsame Initiative der Bozner Arbeitsgruppe „Geschichte und Region / Storia e regione“ sowie des Südtiroler Landesarchivs führte sie unter der wissenschaftlichen Leitung von Davide Rodogno (Genf) und Michael Wedekind (Münster) fünfzehn europäische Historiker zu einer internationalen Tagung zusammen. Der thematische Rahmen spannte sich von der Vorphase des Zweiten Weltkrieges bis zur Mitte der 1950er-Jahre.

Die erste Sektion der Tagung, die der Südtiroler Umsiedlung gewidmet war, eröffnete ROBERTA PERGHER (Florenz) mit einer Untersuchung über faschistische Siedlungsplanungen in Südtirol. In Rom waren bereits weit im Vorfeld des deutsch-italienischen Umsiedlungsabkommens Strategieentwürfe zur „Eroberung des Südtiroler Bodens“ ausgearbeitet worden. Bevölkerungszahl und Bodenbindung der Italiener sollten damit gegenüber der noch immer vorherrschenden deutschen Volksgruppe gesteigert werden. Mit der Staatsbürgerschaftsoption 1939, so Pergher, griff das Regime dann zu einem Mittel, das als „sanfte Variante ethnischer Reinigung“ bezeichnet werden kann. Dieses habe dem sprachlichen und ethnischen Homogenitätsverständnis des Faschismus von „Staat“ und „Nation“ entsprochen, welches der Präsenz fremdethnischer Bevölkerungsgruppen auf italienischem Boden

jede Rechtsgrundlage absprach. Bemerkenswert sind die von Pergher hervorgehobenen Verbindungslinien zwischen den Italianisierungsstrategien im kolonialpolitischen und Südtiroler Zusammenhang.

MICHAEL WEDEKIND (Münster) verortete in seinem Beitrag die Südtiroler Umsiedlung in den NS-Planungen zur ethnischen Neuordnung des deutsch besetzten Europas. In verschiedenen Entwürfen wurden die Südtiroler als âVolksdeutscheâ zu âSiedlereinsatzâ und Eindeutschung okkupierter Gebiete vor allem in Osteuropa, aber auch in Burgund vorgesehen. Ihre geschlossene Ansiedlung konkretisierte sich jedoch nicht. Aus dem Themenkomplex von bevölkerungspolitischen Planungen und Interventionen erhebt sich die Frage nach Interdependenz von Wissenschaft, Politik und Verwaltung, speziell nach Einfluss und faktischem Ausmaß sozial- und bev  lkerungswissenschaftlicher Theorien auf die ethnische und soziale Neuordnung durch das Dritte Reich. Wedekind hob hervor, dass sich im Zuge der Südtiroler Umsiedlung ein Netzwerk aus technokratischen Eliten, politisch-administrativen und wissenschaftsinstitutionellen Milieus herausbildete, das später wesentlichen Einfluss auf und zentrale Funktionen in der nationalsozialistischen Siedlungs-, Raum- und Bev  lkerungsplanung ausübte. Immer wieder waren es wissenschaftliche Expertenkreise, die wesentliche Grundlagen und Materialien bereitstellten, mittels derer Umsiedlungs-, Deportations- und Neuordnungsprogramme geplant wurden.

PAOLO COVA (Cavalese) widmete sich dem Fall der deutsch- und ladinischsprachigen Bevölkerungsgruppen im Trentino, die formal nicht unter die deutsch-italienische Umsiedlungsbeschl  sse vom 23. Juni 1939 fielen. Der gleichwohl verbreitet aufkommende Wunsch dieser sozial schwachen, stark von Emigration und saisonaler Migration geprägten Gemeinden nach Umsiedlung ins Deutsche Reich sei, so Cova, vor allem sozioökonomisch bedingt. Die nachträgliche territoriale Ausweitung des Optionsrechtes auf die ethnischen Minderheitsgemeinden des Trentino ging nach Ansicht des Referenten auf deren Betreiben, also auf ein Bestreben âvon untenâ, zurück. Die dann im Vorfeld der Option intensiv einsetzende NS-Propaganda habe den euphorischen Erwartungen, die große Teile der Bevölkerung mit der Umsiedlung ins Reich verbanden, weiter Vorschub geleistet. Das erschreckende Ausmaß von Illusion und Trug offenbarte sich den deutschen Umsiedlern aus dem Trentino rasch auf ihrer eineinhalbjährigen Odyssee durch die Lager der Volksdeutschen Mittelstelle und bei ihrer nachfolgenden Ansied-

lung auf vormalig tschechischen H  fen im Protektorat Böhmen und M  hren.

Mit Blick auf die Interessenlage des Deutschen Reiches spürte ALEXA STILLER (Bern) in ihrem Beitrag der Genese des deutsch-italienischen Umsiedlungsvertrages nach. Sie skizzierte dabei den Weg des zuvor nicht mit volkstumpolitischen Fragen befassten Reichsführers-SS zum Südtiroler Umsiedlungsbeauftragten. Himmler selber war der Überzeugung, dass einzig die SS eine umfassende deutsche Bevölkerungs- und Siedlungspolitik im eroberten Osten gemäß den weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus durchzuführen vermöge. Die Südtiroler Beauftragung Himmlers sei, so Stiller, dessen erster Schritt auf dem Weg an die Spitze des Gesamtkomplexes nationalsozialistischer Volkstums-, Siedlungs- und Vernichtungspolitik â also zur Ernennung zum Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums â gewesen und habe auch für die Herausbildung des bevölkerungspolitischen Interventionskataloges im besetzten Europa wesentliche Bedeutung.

Die zweite Sektion der Tagung widmete sich dem ost- und südosteuropäischen Raum in der Zeit des Zweiten Weltkrieges. Sie wurde mit einem Vortrag von ALEXANDER KORB (Berlin)   ber volkstumpolitische Planungen und Interventionen im Unabhängigen Staat Kroatien (NDH) zwischen 1941 und 1943 eröffnet. Das in ethnischer Beziehung stark heterogene kroatische Staatsgebilde, das in eine deutsche und italienische Besatzungszone eingeteilt war, geriet zum Schauplatz verschiedener Umsiedlungs- und Deportationsma  nahmen, die von deutscher, italienischer und kroatischer Seite â freilich keineswegs in Einklang untereinander â geplant und realisiert wurden. Jede Seite verfolgte dabei ausgeprägte Eigeninteressen und spezifische politische Ziele, denen gleichwohl die Vorstellung ethnischer Neuordnung des Raumes gemein war. Korb illustrierte die unterschiedlichen Zielperspektiven der bevölkerungspolitischen Akteure am Beispiel der Umsiedlung von Slowenen nach Kroatien, der Vertreibung von Serben aus dem NDH-Staat sowie anhand der Deportation kroatischer Juden in deutsche Konzentrationslager.

Die machtpolitische Parzellierung Südosteuropas während des Zweiten Weltkrieges und die dortige Rolle der âAllianz der Konkurrentenâ Deutschland und Italien thematisierte auch der Beitrag von VAIOS KALOGRIAS (Karlsruhe) und STRATOS DORDANAS (Thessaloniki)   ber die Vertreibung der griechischen Bevölkerung

aus Ostmakedonien und Westthrakien. Sie erfolgte vor dem Hintergrund der Okkupation Griechenlands zwischen 1941 und 1944, in deren Zuge das Land in eine deutsche, italienische und im Norden eine bulgarische Besatzungszone eingeteilt wurde. In dem Westthrakien und Ostmakedonien umfassenden bulgarischen Okkupationsgebiet leiteten die Behörden eine systematische Entnationalisierungs- und Vertreibungspolitik ein, die in diesen zur Annexion bestimmten Grenzregionen die griechische Präsenz zu tilgen beabsichtigte. Tausende Griechen flohen daher in die deutsche und italienische Besatzungszone Griechenlands. Die harsche bulgarische Volkstumspolitik rief Gegenreaktionen des griechischen Kollaborationsregimes hervor und stellte die Achsenmächte vor politische und wirtschaftliche Probleme.

PETRU WEBER (Szeged) befasste sich mit der antijüdischen Politik des Antonescu-Regimes in Rumänien. Dessen aktive Beteiligung an der Judenverfolgung rücke, so Weber, nur allmählich ins kollektive Bewusstsein des post-kommunistischen Rumänien, da die Deportation und Ermordung zehntausender Juden lange Zeit verschwiegen worden sei. Weber wies darauf hin, dass die Regierung erst 2001 eine rumänische Verantwortung am Holocaust eingeräumt habe. Die Judendeportationen durch rumänische Armee und Polizei führten nach Transnistrien, das gewissermaßen zu einem großflächigen Konzentrationslager umfunktioniert wurde. Als sich die Niederlage Deutschlands im Kriege abzeichnete, so Weber, habe sich Antonescu seiner Verantwortung zu entledigen versucht, indem er jegliche rumänische Beteiligung an der Deportation der Juden nach Transnistrien negiert und die Rückführung der Überlebenden in die Wege geleitet habe. Die Rückkehr nach Rumänien von einigen hundert Waisenkindern wurde von Antonescu propagandistisch ausgeschlachtet. Nach ihrem Eintreffen in Rumänien blieb die Lage der meisten heim- und mittellos gewordenen Deportierten äußerst prekär, so dass viele von ihnen nach Palästina auswanderten.

Mit dem am 23. August 1939 geschlossenen Molotov-Ribbentrop-Abkommen erklärte das Deutsche Reich unter anderem sein völliges Desinteressement an dem bis dahin rumänischen Bessarabien. Diese wurde zusammen mit der Nord-Bukowina Ende Juni 1940 von der Roten Armee besetzt. UTE SCHMIDT (Berlin) nahm sich der mit einem weiteren Abkommen im September 1940 zwischen Moskau und Berlin beschlossenen Aussiedlung der Bessarabiendeutschen an. Diese, so Schmidt, sei grundsätzlich auf freiwilliger Ba-

sis erfolgt; jedoch hätten sich aufgrund des Drucks des Sowjetregimes und der Versprechungen der NS-Regierung fast alle Betroffenen für die Aussiedlung entschieden. Tatsächlich wurden ca. 93.000 Bessarabiendeutsche provisorisch in verschiedenen Auffanglagern, anschließend im Warthegau und im Gau Danzig-Westpreußen untergebracht, von wo zuvor zehntausende Polen und Juden deportiert worden waren. Den Bessarabiendeutschen war laut Schmidt eine Kolonistenrolle im Rahmen der NS-Raum- und Siedlungsplanung für Osteuropa zugedacht.

In diesem Rahmen spielte die Einrichtung geschlossener Siedlungsgebiete und die dortige ländersmannschaftlich geschlossene Ansetzung deutscher Siedler eine bedeutende Rolle. Beispielhaft hierfür untersuchte MARTIN DRÄGE (Münster) das Projekt der Umsiedlung westfälischer Bauern in den Reichsgau Wartheland. Kreise der westfälischen NS-Elite instrumentalisieren und förderten die seit Beginn des 20. Jahrhunderts durch die Heimatbewegung verstärkt politisch geformten regionalen Identitätsbezüge; sie unterbreiteten Himmler das Projekt der Kolonisierung einer Ostregion durch westfälische Bauern, wobei Traditionslinien zur Teilhabe Westfalens an der mittelalterlichen Ostkolonisation konstruiert wurden. Dieses von unten ausgehende Projekt wurde von Himmler zwar grundsätzlich gut geheiß, auch ging das Konzept ländersmannschaftlich geschlossener Siedlung in den Generalplan Ost ein, doch wurde dessen Umsetzung auf die Nachkriegszeit verschoben.

Das Kriegsende zog keinen Schlussstrich unter ethnisch motivierte bevölkerungspolitische Zwangsinterventionen in Europa. Von der nun einsetzenden Vertreibungsphase waren vor allem deutschsprachige Bevölkerungsgruppen in Osteuropa betroffen. Hiermit beschäftigte sich der dritte und letzte Teil der Tagung, indem er kritisch die Gründe für Brüche und Kontinuitäten dieser Politik hinterfragte, wobei die Bedeutung der historischen Zäsur, die durch den Fall der faschistischen Regime und das Weltkriegsende markiert wird, relativiert wurde.

Ein Beispiel hierfür ist die multiethnische Region Vojvodina. MICHAEL PORTMANN (Wien) führte aus, dass das sozialistische Jugoslawien dort zwischen 1944 und 1948 gegenüber der zahlenmäßig bedeutenden deutschsprachigen Minderheit eine Politik verfolgt habe, die eher im Einklang mit serbisch-nationalistischen Traditionen und Vorstellungen einer ethnischen Homogenisierung der Region stand, als mit sozialistischen Theori-

en. In der Vojvodina wurden zehntausende Donauschwaben seit Ende 1944 langfristig interniert, auch wenn es nicht – wie in anderen Regionen Osteuropas – zu systematischen Verfolgungen kam. Gegen die ungarische Minderheit war zum Jahreswechsel 1944/45 zunächst noch mit Internierungen, Aussiedlungen und Hinrichtungen hart vorgegangen worden. In der Nachfolge jedoch wurde unter sowjetischem Druck ein ideologischer Kurswechsel vollzogen und der ungarischen Minderheit Gleichbehandlung zugesagt. Indes vollzog sich in der Vojvodina seit 1945 gleichzeitig eine Politik der –Serbisierung–, sodass Ende 1947 die Serben zum ersten Mal die absolute Bevölkerungsmehrheit in der Region stellten.

Mit einem weiteren Kapitel ethnischer Reinigung im Nachkriegsjugoslawien – nämlich mit dem Schicksal der deutschen Bevölkerung in Slowenien – befasste sich der Beitrag von DUŠAN NEČAK (Ljubljana). Er wies darauf hin, dass eine lückenhafte Quellenlage es erschwere, Zahlenangaben zu den aus Slowenien vertriebenen, dort verurteilten, inhaftierten und getöteten Angehörigen der deutschsprachigen Minderheit zu machen. Ohne Zweifel verließen die meisten Deutschen (ca. 15.000 bis 16.000 Personen) bereits vor dem Kriegsende das Land. Heute, so Nečak, sind die Spuren der deutschen Minderheit in Slowenien weitgehend verblasst. Obwohl die Deutschen in Slowenien inzwischen als Minderheit anerkannt sind, genießen sie im Unterschied zur italienischen und ungarischen Minorität keine verfassungsmäßig abgesicherten Minderheitenrechte.

In der Tschechoslowakei bekamen Deutsche, die im Widerstand aktiv gewesen oder durch das NS-Regime verfolgt worden waren, bei Kriegsende offiziell den Status von Antifaschisten zuerkannt. Dieser Status stellte die Grundbedingung für den Erwerb der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft dar. Trotzdem blieb ihre Situation in der Nachkriegs-Tschechoslowakei sehr unsicher. Wie TOMÁŠ OKURKA (Ástá nad Labem) ausführte, verbreitete sich in politischen Kreisen des Landes die Auffassung, dass möglichst viele Deutsche, selbst NS-Gegner, auszusiedeln seien. Angesichts des zunehmenden Drucks von Seiten der Behörden hätten sich die meisten deutschen Antifaschisten für eine –freiwillige– Aussiedlung zu Sonderbedingungen entschieden.

ALINA LAURA TIEWS (Berlin) befasste sich mit der Integration von –Umsiedlern– in Ostdeutschland (SBZ / DDR) zwischen 1947 und 1952. Behördenlicherseits wurden Flüchtlinge, die dort infolge der Westverschiebung

Polens aufgenommen wurden, nicht als –Vertriebene–, sondern stets als –Umsiedler– bezeichnet, um Ressentiments gegen das verbannte Polen entgegenzuwirken. Das sozialistische Regime versuchte ein neues Heimatgefühl unter den Flüchtlingen zu fördern, wobei zugleich jegliche Hoffnung auf eine Rückkehr in die Herkunftsgebiete zerstreut wurde. Die Gründung von Heimatverbänden wurde unterbunden, so Tiews, um die Bildung von Parallelgesellschaften im sozialistischen Staat zu verhindern.

Die Bozner Tagung verdeutlichte, dass sich das Schicksal der nach dem Kriege aus Osteuropa vertriebenen Deutschen beispielsweise erheblich von dem der Südtiroler –Optanten– unterschied. Zugleich machte sie darauf aufmerksam, den theoretischen und terminologischen Rahmen des Problemfeldes zu vertiefen und den unterschiedlich ausgeprägten Grad an Zwang einzelner bevölkerungspolitischer Interventionen angemessen zu beschreiben.

Konferenzübersicht:

Davide Rodogno (Genf) / Michael Wedekind (Münster): Einführung

Sektion I: Südtirol

Roberta Pergher (Florenz): Vorhut oder Opfer des Faschismus? Faschistische Immigrations- und Siedlungspolitik in Südtirol

Michael Wedekind (Münster): Die Südtiroler Umsiedlung im Kontext von nationalsozialistischem Raum- und Bevölkerungsbau: Siedlungsplanung, Raumentwürfe, Expertennetzwerke

Paolo Cova (Cavalese): Staatsbürgerschaftsoptionen ausserhalb des Vertragsgebietes vom 23. Juni 1939: Der Fall der Fersentaler, Luserner und Fassataler

Alexa Stiller (Bern): Vom –Beauftragten der Südtiroler Umsiedlung– zum –Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums–: die Entstehungsgeschichte einer nationalsozialistischen Sonderbehörde bei Beginn des Zweiten Weltkrieges

Sektion II: Ost- und Südosteuropa

Alexander Korb (Berlin): –Vertreibungssache–: Deutsche, italienische und kroatische Bevölkerungspolitik im Unabhängigen Staat Kroatien (1941-1943)

Vaios Kalogrias (Karlsruhe) / Stratos Dordanas (Thes-

saloniki): Flucht und Vertreibung der Griechen aus Ostmakedonien und Westthrakien 1941-1943

Petru Weber (Szeged): Ein letzter Gnadenakt des Antonescu-Regimes: Zur Rückholung der rumänischen Juden aus Transnistrien

Ute Schmidt (Berlin): Die Umsiedlung der Deutschen aus Bessarabien im Herbst 1940

Martin DrÄ¶ge (MÄ¶nster): Das Konzept der landsmannschaftlich geschlossenen Ansiedlung: Initiativen und Planungen zur Umsiedlung westfälischer Bauern in den Reichsgau Wartheland (1940-1942)

Sektion III: Nachkriegszeit

Michael Portmann (Wien): Die Bevölkerungs politik des kommunistischen Jugoslawien im Spannungsfeld von Revolution und Tradition (1944-1948), unter be-

sonderer Berücksichtigung der deutschsprachigen Bevölkerung

DuÄ¶an NeÄ¶ak (Ljubljana): Aussiedlung als KriegssphÄ¶nomen: Eine Fallstudie zu den Deutschen in Slowenien (1941-1955)

TomÄ¶Ä; Okurka (Ä¶stÄ¶ nad Labem): Die Aussiedlung der deutschen NS-Gegner aus der Tschechoslowakei nach 1945 und das Forschungsprojekt zur Dokumentation ihrer Schicksale

Alina Laura Tiews (Berlin): Zwischen Tabu und Trauma: Zur Diskrepanz zwischen politischem Anspruch bei der Umsiedlerintegration in Ostdeutschland (SBZ/DDR) und Reaktion seitens der Vertriebenen in den Jahren 1947-1952

Davide Rodogno / Michael Wedekind: Schlusskommentare

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Andrea Di Michele. Review of , *Umsiedlung und Vertreibung in Europa 1939-1955. Zum 70. Jahrestag der Südtiroler „Option“ / Spostamenti forzati di popolazioni in Europa 1939-1955: A settant'anni dalle "opzioni" in Alto Adige*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. June, 2009.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=28914>

Copyright © 2009 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.